

# AUFRUF ZUR PROTESTAKTION VOR DEM LANDTAG AM MI., 17. JUNI UM 14 Uhr

## STOPPT CO<sub>2</sub>-ENDLAGER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Am Mittwoch, den 17. Juni, berät der schleswig-holsteinische Landtag darüber, ob Schleswig-Holstein mit seinen Stimmen im Bundesrat das „CCS-Gesetz“ ablehnt oder ihm zustimmt. Mit dem von der schwarz-roten Bundesregierung vorgelegten „CCS-Gesetz“ soll die unterirdische Endlagerung des klimaschädlichen Kohlendioxid geregelt werden.

### Worum geht es?

CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) ist eine Technologie mit der das Treibhausgas CO<sub>2</sub> aus den Abgasen von Kohlekraftwerken abgesondert, verdichtet und unterirdisch gespeichert wird.

Der Energieriese RWE, der auch zahlreiche Kohlekraftwerke betreibt, plant ein solches CO<sub>2</sub>-Endlager in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. Dorthin soll das gefährliche Gas durch viele Hundert Kilometer lange Pipelines von Nordrhein-Westfalen aus gelangen. Seitens der CDU-/CSU-Fraktion sind bereits vereinfachte Enteignungsverfahren für den Bau dieser Pipelines im Gespräch.

Gegenwärtig finden Erkundungen der Flächen in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg statt, laut Zeitungsberichten sind auch weitere Kreise im Gespräch. Vor Ort hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Über Parteigrenzen hinweg fordert sie „Stoppt das CO<sub>2</sub>-Endlager“.

### Die Argumente gegen die Endlager-Planungen sind erdrückend:

- Die Risiken einer solchen Endlagerung für Menschen und Umwelt sind nicht absehbar. So kann z.B. nicht ausgeschlossen werden, dass das giftige CO<sub>2</sub>, das in 1000 – 2000 Meter Tiefe gepumpt werden soll, an anderer Stelle wieder austritt und zum Erstickungstod bis hin zu einer Evakuierung ganzer Landstriche führen könnte oder auch, dass das Grundwasser verseucht wird.
- Mit der Einlagerung in geologischen Strukturen wären die Risiken dieser Technologie auf künftige Generationen verlagert. Nicht die Verursacher, die Stromkonzerne, müssten haften, sondern künftige Steuerzahler.
- Der Bau Hunderte Kilometer langer Pipelines würde Privateigentum zerschneiden, Enteignungsverfahren mit sich ziehen und hohe Betriebskosten mit sich bringen. Auch an dieser Stelle würden die Folgekosten vom Verursacher auf künftige Steuerzahler verschoben.
- CO<sub>2</sub> ist der Klimakiller – und Schleswig-Holstein ist das Land der regenerativen Energien. Statt diese Chance und alternative Energiequellen mit all ihren Vorteilen für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu nutzen, soll durch die unterirdische Verklappung von CO<sub>2</sub> weitergemacht werden mit einer Energiepolitik der Vergangenheit: Jedes Kohlekraftwerk blockiert den so notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien.
- Schleswig-Holstein ist ein Urlaubsland. Die Stärken unseres Tourismuslandes sind Sonne, Wind und Wasser – auf einer Mülldeponie für Treibhausgase will niemand Urlaub machen.
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt: Ein „Weiter So“ kann es nicht geben. Wir müssen grundsätzlich umdenken: Klima, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise zusammen denken – wir brauchen einen GREEN New Deal. Rückwärtsgewandte Energiepolitik mit all ihren Gefahren für Mensch und Natur und hohen Folgekosten können wir uns nicht mehr leisten.

**Die Planungen sind ökologischer und wirtschaftlicher Irrsinn!  
Wir lehnen die Pläne zur Einlagerung von CO<sub>2</sub> entschieden ab.**

**Wir fordern die schwarz-rote Landesregierung auf, dem CCS-Gesetz im Bundesrat eine klare Absage zu erteilen.**

**MEHR: [www.sh-gruene.de](http://www.sh-gruene.de)**

